

## **Niederschrift**

über die 7. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 25.03.2015, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### **Tagesordnung**

#### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 .**     Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 .**     Resolution der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Bürgerliste, Die Linke und des Vertreters der FDP zum Erhalt der Notfallpraxis in Geilenkirchen  
Vorlage: 267/2015
- 3 .**     Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Anbringung von Schildern mit dem Text: Geilenkirchen für Frieden und Toleranz  
Vorlage: 266/2015
- 4 .**     Antrag der SPD-Fraktion zur Aufstellung von Ortsschildern für den Stadtteil Bauchem mit eigener Ortsbezeichnung "Bauchem"  
Vorlage: 268/2015
- 5 .**     Vorstellung und Beratung der Entwurfsplanung zum Neubau bzw. Wiederaufbau des städtischen Hallenbades  
Vorlage: 256/2015
- 6 .**     Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen  
Vorlage: 250/2015
- 7 .**     Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen  
Vorlage: 253/2015
- 8 .**     Finanzielle Unterstützung der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt  
Vorlage: 257/2015
- 9 .**     Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 249/2015
- 10 .**    Erweiterung des Förderschulzweckverbandes  
Vorlage: 243/2015

- 11 .** Weiterführung der Schulsozialarbeit  
Vorlage: 265/2015
- 12 .** Schwimmunterricht der städtischen Grundschulen  
Vorlage: 242/2015
- 12.1 .** Antrag der SPD-Fraktion zur Berücksichtigung der Kosten für das Schulschwimmen im Haushalt für das Jahr 2016  
Vorlage: 269/2015
- 13 .** Umbenennung eines Teilstücks der Haihover Straße in Geilenkirchen  
Vorlage: 240/2015
- 14 .** Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Erschließungsanlage "Niederheider Weg, von der Einmündung Johann-Plum-Platz bis zur Einmündung der Brabantstraße"  
Vorlage: 248/2015
- 15 .** Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 16 .** Fragestunde für Einwohner

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 17 .** Grundstücksangelegenheiten
- 17.1 .** Verkauf eines städt. Baugrundstücks in Würm, Am End, Bebauungsplan 98  
Vorlage: 236/2015
- 17.2 .** Verkauf von städtischen Grundstücken im Bereich des Neubaugebietes Geilenkirchen Nord, Thomas-Mann-Straße  
Vorlage: 237/2015
- 17.3 .** Gewerbeflächenveräußerung Niederheid-Süd  
Vorlage: 258/2015
- 17.4 .** Gewerbeflächenveräußerung Niederheid-Süd  
Vorlage: 259/2015
- 17.5 .** Gewerbeflächenveräußerung Niederheid-Süd  
Vorlage: 260/2015
- 17.6 .** Gewerbeflächenveräußerung Niederheid-Süd  
Vorlage: 261/2015
- 17.7 .** Gewerbeflächenveräußerung Niederheid-Süd  
Vorlage: 262/2015

- 17.8 .** Gewerbeflächenveräußerung Niederheid-Süd  
Vorlage: 263/2015
- 18 .** Auftragsvergaben
- 18.1 .** Vergabe von Straßenbauarbeiten in Gillrath BP 102, Endausbau  
Blasiusstrasse  
Vorlage: 229/2015
- 18.2 .** Vergabe von Straßenbauarbeiten in Prummern BP 104, Endausbau An der  
Vikarie  
Vorlage: 230/2015
- 18.3 .** Vergabe eines Auftrages zur Pflege der öffentlichen Grünanlagen im Stadt-  
gebiet Geilenkirchen im Jahr 2015  
Vorlage: 231/2015
- 19 .** Personalangelegenheiten
- 19.1 .** Bestellung eines Prüfers für das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 104 GO  
NRW  
Vorlage: 228/2015
- 19.2 .** Bestellung eines Leiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Geilenkirchen  
sowie zweier Stellvertreter  
Vorlage: 012/2015
- 19.3 .** Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson für die  
Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 235/2015
- 20 .** Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

**Anwesend waren:**

Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Herr Nikolaus Bales
3. Herr Marko Banzet abwesend bei TOP 17.1 - 17.5
4. Herr Hans-Jürgen Benden
5. Frau Maja Bintakys-Heinrichs
6. Frau Karola Brandt
7. Herr Karl-Peter Conrads

8. Frau Jennifer Diederichs
9. Herr Dr. Stefan Evertz
10. Herr Helmut Gerads abwesend bei TOP 6 - 10
11. Herr Johann Graf
12. Herr Christoph Grundmann
13. Frau Theresia Hensen
14. Herr Horst-Eberhard Hoffmann
15. Frau Karin Hoffmann
16. Herr Rainer Jansen
17. Frau Gabriele Kals-Deußen
18. Herr Michael Kappes
19. Herr Nils Kasper
20. Herr Thomas Klein
21. Herr Heinz Kohnen
22. Herr Christian Kravanja
23. Herr Leonhard Kuhn
24. Herr Stefan Mesaros
25. Herr Manfred Mingers
26. Herr Willi Münchs
27. Herr Uwe Neudeck
28. Herr Hans-Josef Paulus
29. Herr Manfred Schumacher
30. Frau Barbara Slupik abwesend bei TOP 6 - 7
31. Herr Lars Speuser
32. Herr Raimund Tartler
33. Herr Ernst Michael Thielemann
34. Herr Michael van Dillen
35. Herr Harald Volles
36. Frau Kirsten vom Scheidt
37. Herr Max Weiler

von der Verwaltung

38. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
39. Herr Technischer Beigeordneter Markus Mönter
40. Herr Andreas Eickhoff
41. Herr Daniel Goertz
42. Herr Peter Klee

Protokollführerin

43. Frau Sandra Schuhmachers

Es fehlten

44. Herr Wilfried Kleinen
45. Herr Wilhelm Josef Wolff

**I. Öffentlicher Teil**

Bürgermeister Fiedler eröffnete die 7. Sitzung des Rates um 18 Uhr. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Öffentlichkeit, die Presse, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie den Architekten Herrn Blass und den Vertreter der Firma Constrata, die bei Fragen zur Hallenbadplanung unter TOP 5 Auskunft geben könnten. Herr Stadtverordneter Wolff habe mitgeteilt, dass er an dieser Sitzung nicht teilnehmen könne. Außerdem sei Herr Stadtverordneter Kleinen nicht anwesend.

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung rief Bürgermeister Fiedler zu einer Schweigeminute auf, um der Opfer des Flugzeugunglücks am 24.03.2015 zu gedenken. Die Landesregierung habe die Kommunen eingeladen, eine Gedenkminute am 26.03.2015 um 10.53 Uhr abzuhalten.

Nach der Schweigeminute fuhr Bürgermeister Fiedler fort und berichtete, dass einige Anträge nach Ablauf der Zustellungsfrist eingegangen seien. Die Anträge sollten nun einzeln aufgerufen und jeweils ein Beschluss über die Erweiterung der Tagesordnung gefasst werden.

Zunächst rief Bürgermeister Fiedler zur Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Antrag der SPD-Fraktion zur Aufstellung von Ortsschildern für den Stadtteil Bauchem mit eigener Ortsbezeichnung „Bauchem““ auf.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Tagesordnung wird um den neuen Punkt 4 „Antrag der SPD-Fraktion zur Aufstellung von Ortsschildern für den Stadtteil Bauchem mit eigener Ortsbezeichnung „Bauchem““ erweitert.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	3
Enthaltung:	0

Danach rief Bürgermeister Fiedler zur Abstimmung über den Punkt „Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer alternativen Planung der Energieverteilzentrale des Eingangsbereichs der Sporthalle und des vorgesehenen Vereinsheimes“ auf.

Herr Stadtverordneter Benden erklärte, dass der Antrag nicht als expliziter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse, sondern auch bei der Beratung über die Planung des Hallenbades diskutiert werden könne.

Bürgermeister Fiedler nahm diesen Vorschlag an.

Schließlich rief Bürgermeister Fiedler zur Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung um den neuen Punkt 12.1 „Antrag der SPD-Fraktion zur Berücksichtigung der Kosten für das Schulschwimmen im Haushalt für das Jahr 2016“ auf.

**Beschlussvorschlag:**

Die Tagesordnung wird um den neuen Punkt 12.1 „Antrag der SPD-Fraktion zur Berücksichtigung der Kosten für das Schulschwimmen im Haushalt für das Jahr 2016“ erweitert.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	35
Nein:	1
Enthaltung:	0

**TOP 1    Mitteilungen des Bürgermeisters**

Bürgermeister Fiedler teilte folgendes mit:

„Wie der Kreis Heinsberg auf seiner Homepage öffentlich bekannt macht, liegt der Kreisverwaltung ein Antrag vor für die Errichtung von acht Windenergieanlagen vor. Die Anlagen sollen auf dem Gebiet der Stadt Heinsberg zwischen Uetterath, Horst und Randerath nördlich von Hoven und Kraudorf errichtet werden.

Beantragte Höhe der Anlage:    178 m  
Nennleistung:                    2.400 kW

Die Antragsunterlagen liegen öffentlich aus, und zwar sowohl bei der Kreisverwaltung Heinsberg, der Stadtverwaltung Heinsberg und der Stadtverwaltung Geilenkirchen, hier im Zimmer 207.

Der Zeitraum der öffentlichen Auslage ist vom 27.03.2015 bis einschließlich 27.04.2015.

Zu dem Antrag können Einwendungen schriftlich erhoben werden bis einschließlich 11.05.2015.“

Außerdem gab Bürgermeister Fiedler bekannt, dass am Freitag, den 24.04.2015 mittags die Abschlusspräsentation nach der überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt stattfinden werde. Hierzu lud er insbesondere die Fraktionsvorsitzenden herzlich ein.

**TOP 2 Resolution der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Bürgerliste, Die Linke und des Vertreters der FDP zum Erhalt der Notfallpraxis in Geilenkirchen  
Vorlage: 267/2015**

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass am 05.05.2015 eine Veranstaltung in Düsseldorf zu dieser Angelegenheit stattfinden werde. Die Verwaltung werde dort vertreten sein und den Inhalt der Resolution vortragen und verteidigen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Geilenkirchen verabschiedet die Resolution und fordert die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein und die Ärztekammer Nordrhein auf, die Notfallpraxis in Geilenkirchen zu erhalten.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Anbringung von Schildern mit dem Text: Geilenkirchen für Frieden und Toleranz  
Vorlage: 266/2015**

Herr Stadtverordneter Benden begründete den Antrag damit, dass die Stadt Geilenkirchen sich in den letzten Monaten durch seine Willkommenskultur einen positiven Namen in der Region gemacht habe. Dies solle durch die Aufstellung von Schildern mit dem Text „Geilenkirchen für Frieden und Toleranz“ unterstrichen werden. Auch im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ seien viele Maßnahmen durchgeführt worden, die teilweise auch überregional bekannt gemacht und durch die Medien verbreitet worden seien. Durch den positiven Slogan auf den Schildern solle gezeigt werden, dass Geilenkirchen eine Stadt für Frieden und Toleranz sei. Die Schilder könnten etwa an Ortseingangsschildern angebracht werden. Der Kauf der Schilder solle durch Sponsoren in den verschiedenen Ortsteilen finanziert werden. Mögliche Sponsoren könnten auch durch die Ortsvorsteher angesprochen werden.

Herr Stadtverordneter Schumacher legte dar, dass die CDU die Position der Grünen nicht teile. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass Geilenkirchen für Frieden und Toleranz sei. Dies müsse nicht gesondert festgehalten werden. Er nannte ein Beispiel aus der Stadt Übach-Palenberg, in der ähnliche Schilder aufgehängt worden seien, wo-

raufhin ein Geschäftsmann von Kunden gefragt worden sei, ob die Stadt Übach-Palenberg ein Problem mit Rechtsradikalismus habe.

Herr Stadtverordneter Kravanja führte aus, dass die Freie Bürgerliste den Ausführungen der Grünen folge. Die Aufhängung der Schilder sei eine gelungene Idee, um Geilenkirchen als offene und tolerante Stadt darzustellen. Die Fraktion der Freien Bürgerliste werde dem Vorschlag zustimmen unter der Bedingung, dass der Kauf der Schilder durch Spenden finanziert werden solle, um den städtischen Haushalt nicht zu belasten. Herr Stadtverordneter Kravanja beantragte, den Beschlussvorschlag entsprechend zu ändern.

Herr Stadtverordneter Kasper schloss sich den Aussagen des Herrn Stadtverordneten Kravanja an. Er befürchte jedoch, dass die Suche nach Sponsoren in den Ortsteilen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voranschreiten könne und dadurch Schilder möglicherweise nur in einzelnen Ortsteilen und nicht relativ flächendeckend installiert werden könnten. Um ein Signal zu setzen, müssten die Schilder in möglichst vielen Ortsteilen aufgehängt werden.

Herr Stadtverordneter Benden stimmte dem Antrag auf Änderung der Beschlussfassung zu. Die Schilder könnten auf Basis von Spenden finanziert werden. Er erklärte, dass auch er selbst bereit dazu sei, Sponsoren zu suchen und diese anzusprechen. Die Suche nach Sponsoren könne über einen Zeitraum von mehreren Monaten laufen, um zu gewährleisten, dass die Schilder möglichst flächendeckend angebracht werden könnten. Eine Aufhängung der Schilder könne durch den Bauhof erfolgen. Herr Stadtverordneter Benden betonte, dass die Schilder im Gegensatz zu den in Übach-Palenberg installierten Schildern eine positive Aussage darstellen sollten. Es solle thematisiert werden, dass Geilenkirchen eine weltoffene Stadt sei.

Herr Stadtverordneter Kuhn machte darauf aufmerksam, dass der Erwerb der Schilder einen finanziellen Aufwand bedeute und für jede Ortschaft zwei Schilder gekauft werden müssten.

Herr Stadtverordneter Benden erklärte, dass zunächst das Ziel verfolgt werden solle, mehr als 50 Prozent der Ortsteile mit den Schildern zu versehen.

Herr Stadtverordneter Paulus schloss sich der Aussage des Herrn Stadtverordneten Schumacher an. Die Aufschrift „Geilenkirchen für Frieden und Toleranz“ könne auch so interpretiert werden, dass die Stadt möglicherweise ein Problem mit Rechtsradikalismus habe und sich gegen Rechtsradikalismus und für Frieden und Toleranz ausspreche. Im Stadtgebiet gebe es jedoch nur wenig Rechtsradikalismus. Wenn Probleme mit Rechtsradikalismus auftreten sollten oder mit einer Verschärfung von Rechtsradikalismus gerechnet werde, müsse sofort eingegriffen werden.

Herr Stadtverordneter Jansen betonte, dass die Schilder keine Botschaft hinsichtlich Rechtsradikalismus aussenden sollten, sondern lediglich die positive Einstellung der Stadt für Frieden und Toleranz beschreiben sollten. Auch der in Geilenkirchen stationierte NATO E3A-Verband sei eine Organisation, die sich für den Frieden einsetze.



Frau Stadtverordnete Kals-Deußen unterstrich die Aussage des Herrn Stadtverordneten Jansen und erklärte, dass der Text keine Aussage hinsichtlich Rechtsradikalismus darstellen solle. Vielmehr solle durch die Schilder eine positive Darstellung der Stadt erfolgen. Möglicherweise könnten auch Vereine zur Finanzierung von Schildern animiert werden. Die SPD-Fraktion befürwortete diesen Antrag.

Herr Stadtverordneter Schumacher betonte, dass die Aussage für Frieden und Toleranz eine Ablehnung von Rechtsradikalismus impliziere und möglicherweise so interpretiert werden könne, dass die Stadt ein Problem mit Rechtsradikalismus habe und sich daher explizit dagegen aussprechen müsse.

Herr Stadtverordneter Speuser erklärte, dass die Finanzierung der Schilder durch Sponsoren möglicherweise schwierig werden könne. In den Dörfern würden oft Spenden durch Vereine gesammelt. Eine weitere Spendensammlung könne in der Bevölkerung auf Ablehnung stoßen. Er befürwortete die Einbeziehung der Ortsvorsteher in dieser Angelegenheit.

Bürgermeister Fiedler stellte klar, dass geklärt werden müsse, wer die Schilder bestellen und aufhängen solle und wer die Orte zum Aufhängen der Schilder auswählen solle.

Herr Stadtverordneter Benden regte an, diese Fragen mit der Verwaltung und in interfraktionellen Gesprächen zu klären. Vorschläge könnten beispielsweise von den Fraktionen und den Ortsvorstehern gemacht werden.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Geilenkirchen stimmt dem Antrag zur Anbringung von Schildern mit dem Text „Geilenkirchen für Frieden und Toleranz“ zu. Um eine Belastung des Haushaltes zu vermeiden, sollen die Schilder durch Sponsoren finanziert werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	17
Nein:	14
Enthaltung:	6

### **TOP 4 Antrag der SPD-Fraktion zur Aufstellung von Ortsschildern für den Stadtteil Bauchem mit eigener Ortsbezeichnung "Bauchem" Vorlage: 268/2015**

Bürgermeister Fiedler legte dar, dass der Anbringung von Ortsschildern für die Ortschaft Bauchem ordnungsrechtliche Hindernisse entgegenstünden.

Herr Erster Beigeordneter Brunen schilderte mit Verweis auf die Ausführungen der Verwaltung in der Ergänzung der Vorlage, dass eine Aufstellung der Ortsschilder aus rechtlichen Gesichtspunkten nicht zulässig sei. Gesetzliche Regelungen seien in der Straßenverkehrsordnung und den Verwaltungsvorschriften zur Straßenverkehrsordnung zu finden. Eine Ortstafel stelle keinen Verweis auf historische Gegebenheiten dar und diene auch nicht zur Steigerung der Identifikation der Bürger mit der Ortschaft. Die Installation eines Ortsschildes sei ein Verwaltungsakt und könne, wie eine Verfügung der Bezirksregierung sowie diverse Urteile bestätigen, nicht durch eine politische Entscheidung herbeigeführt werden. Die Entscheidung zur Anbringung eines Ortsschildes sei eine staatliche Aufgabe, die ausschließlich von den zuständigen Straßenverkehrsbehörden getroffen und umgesetzt werden dürfe.

Herr Stadtverordneter Mesaros erklärte, dass die SPD-Fraktion den Antrag auf Grund der von Herrn Ersten Beigeordneten Brunen vorgestellten Argumente zurückziehe.

**TOP 5    Vorstellung und Beratung der Entwurfsplanung zum Neubau bzw. Wiederaufbau des städtischen Hallenbades  
Vorlage: 256/2015**

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass der Architekt, Herr Blass, die Entwurfsplanung in der Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses vorgestellt habe. Aus diesem Grund gebe Herr Blass nun nur noch einen Überblick über die Planung. Bei Bedarf könnten jedoch auch Fragen zu Details von Herrn Blass beantwortet werden.

Herr Blass schilderte, dass sein auf die Errichtung kommunaler Bäder spezialisiertes Büro das Vergabeverfahren zum Neubau des Hallenbades mit dem Vorschlag gewonnen habe, dass hinter der Sporthalle ein Bad in Nord-Süd-Ausrichtung errichtet werden solle. Dadurch entstehe unter anderem auch eine für Sport treibende Personen attraktive Freifläche im rückwärtigen Bereich der Sporthalle. Weitere Projekte seien der Bau eines Vereinsheimes und einer Energiezentrale.

Herr Blass erläuterte hinsichtlich des Hallenbades, dass ein Foyer mit einer Fläche von etwa 130 m<sup>2</sup> mit Automatengastronomie geplant sei. Eine personengestützte Kassenanlage sei denkbar, könne aber zu einem späteren Zeitpunkt noch diskutiert werden. Das Raumprogramm sei durch das Büro Altenburg vorgegeben worden. Die Umkleiden sollten ein serviceorientierter Bereich sein, weshalb auch Sammelumkleiden vorgesehen seien. Der Betreiber des Bades könne dabei flexibel agieren und etwa auch Umkleiden bei Schwachlastzeiten schließen. Das Bad solle barrierefreie Duschen und WCs enthalten. Durch einen mobilen Lift, der am Beckenrand eingehängt werden könne, könnten Personen in das Becken befördert werden. Außerdem sei im Bereich der Umkleiden ein Familienwickeltisch geplant. Das Becken mit fünf Bahnen erfülle die Wettkampfkategorie D des deutschen Schwimmverbandes, sodass Wettkämpfe auf regionaler Ebene durchgeführt werden könnten. Im Bad sollten außerdem ein Sprungturm sowie mehrere Startsockel errichtet werden. Als Material für den Sprungturm werde auf Grund der im Vergleich zu anderen Materialien geringeren Unterhaltungskosten Beton gewählt. Das Wasser solle eine Temperatur von 28 Grad haben.

Das Planschbecken solle zur Gewöhnung von Kindern an das Element Wasser dienen und mit einer Rutsche sowie möglichen weiteren Elementen versehen werden. Es werde intensiv ausgeformt und als Bereich auch für Familien und Betreuer der Kinder gestaltet. Ein weiterer Wickeltisch sowie kindgerechte Toiletten seien vorgesehen. Ein Hubboden solle im Lehrschwimmbecken installiert werden, sodass das Becken auch für Aquagymnastik und -cycling genutzt werden könne. Die Raumhöhe solle 3,60m betragen. Durch die Trennung der Badehalle würden auch Warmbadetage ermöglicht werden. Die Lüftungszentrale solle im Dach über dem Lehrschwimbereich verortet werden, sodass durch kurze Wege und Kanäle ein möglichst geringer Verlust erreicht werden solle. Die Fassade solle mit Strukturen versehen werden, sodass das Gebäude auf das Umgebungslicht reagieren könne und sein Erscheinungsbild je nach Lichteinfall und Tageszeit verändere. Die Fassade solle zum Teil verklindert werden. Materialien und Farben, die in der Fassade verwendet werden, sollten im Bad wieder aufgegriffen werden. Das Gebäude solle außerdem mit einer Glasfront versehen werden, die durch eine Öffnung an warmen Tagen die Möglichkeit zur Nutzung der Liegewiese vor dem Bad gebe.

Bezüglich des Vereinsheimes erklärte Herr Blass, dass eine Errichtung im Süden geplant sei. Die Fassade des Gebäudes solle ähnlich wie das Hallenbad gestaltet werden. Der Vereinsraum solle eine Fläche von 150 m<sup>2</sup> umfassen und multifunktional nutzbar sein. Ein Abstellraum zur Unterbringung der Bestuhlung, eine Küche sowie Toiletten und ein Foyer seien ebenfalls vorgesehen.

Herr Blass legte dar, dass außerdem eine Energiezentrale vorgesehen sei. Diese sei notwendig, da die Energie für die Sporthalle aus dem Schulgebäude eingespeist werde. Damit die Sporthalle weiter betrieben werden könne, müsse eine neue Energiezentrale zur Versorgung der Sporthalle mit Wasser, Wärme und Strom errichtet werden. Zunächst sei die Unterbringung der Energiezentrale in einem neu an die Sporthalle anzubauenden Foyer geplant gewesen. Vor kurzer Zeit habe sich jedoch ergeben, dass eine alte Trafostation der NEW zur Unterbringung der Energiezentrale genutzt werden könne. Ein Anbau eines Foyers an die Sporthalle sei daher nun nicht mehr zwingend notwendig. Eine im Foyer geplante barrierefreie Toilette könne ebenfalls im Bestand der Sporthalle untergebracht werden.

Herr Blass fasste zusammen, dass das vom Rat vorgegebene Budget von 7,65 Mio. Euro netto aus derzeitiger Sicht eingehalten werden könne. Die Planung sei von Herrn Blass an den Projektsteuerer zur Prüfung überreicht worden.

Herr Stadtverordneter Benden dankte Herrn Blass für die Darstellung im Umwelt- und Bauausschuss und im Rat. Die Fraktion der Grünen sei mit dem gut geplanten Bad zufrieden und lobe den kurzfristigen Einbau kleinerer Änderungswünsche. Die Errichtung eines funktionalen Sport- und Freizeitbades habe höchste Priorität. Herr Blass habe in seiner Darstellung Stellschrauben präsentiert, die bei Nachsteuerungsbedarf verändert werden könnten. Die Fraktion der Grünen erachte es als wichtig, dass das Bad den Ansprüchen aller Nutzer gerecht werde. Es solle beispielsweise vermieden werden, viel Geld bei der Errichtung des Eingangsbereichs auszugeben und Mehrkosten etwa durch Verzicht auf den Hubboden zu decken. Hinsichtlich der Energiezentrale lobte Herr Stadtverordneter Benden, dass eine gute Alternativlösung in Form der

Unterbringung in einem bestehenden Traforaum gefunden worden sei. Die Fraktion der Grünen habe zur Sitzung einen Antrag eingereicht, in dem die Vorlage einer alternativen Planung der Energieverteiltrentrale und des Eingangsbereichs der Sporthalle mit integriertem Vereinsheim im Foyer gefordert worden sei. Nachdem die Energieverteiltrentrale jedoch nun im Bestand verwirklicht werden könne, sprach Herr Stadtverordneter Benden sich gegen die Errichtung eines Foyers aus, da dieser Schritt möglicherweise einen Verzicht auf das Vereinsheim zur Folge haben könne. Nach dem Bau des Hallenbades und dem Einbau der Energieverteiltrentrale in den Bestand solle im Haushalt geprüft werden, inwieweit ein Vereinsheim in Zusammenarbeit mit den Vereinen ab dem Haushaltsjahr 2017 verwirklicht werden könne. Die Vereine würden bei ihren Aktionen an die erforderliche Wirtschaftlichkeit denken und seien bereit, Anforderungen herunter zu schrauben, wenn die Möglichkeit zur Errichtung eines Vereinsheimes bestehe.

Herr Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass die Freie Bürgerliste die Ansichten der Grünen unterstütze. Der Einbau der Energieverteiltrentrale in den Traforaum der NEW sei eine kostengünstige Alternative. Die Entscheidung zum Bau eines Vereinsheimes oder eines Foyers solle zurückgestellt werden, da sonst irreversible Fakten geschaffen werden würden. Der Einbau einer barrierefreien Toilette sei zwar erforderlich, könne aber auch zu einem späteren Zeitpunkt erörtert werden.

Herr Stadtverordneter Speuser erkundigte sich, ob die Verwaltung Stellung zu einem Schreiben der DLRG und des ATV nehmen könne, in dem Fragen aufgeworfen worden seien.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter legte dar, dass der Antrag nicht an die Verwaltung, sondern an die Stadtverordneten geschickt worden sei. Ein Fraktionsvorsitzender habe das Schreiben an die Verwaltung weitergeleitet. Der in einer Frage angesprochene Lift sei nicht spontan in die Planung aufgenommen worden, sondern schon vorgesehen gewesen. Er solle nicht im Treppenbereich installiert, sondern könne mobil am Beckenrand eingehängt werden. Zudem sei ein Verzicht auf die Treppe im Sportbecken angeregt und die Einhängung einer Edelstahltreppe in das Becken vorgeschlagen worden. Dies habe allerdings zur Folge, dass eine Bahn nicht genutzt werden könne. Der Rat habe sich jedoch explizit für die Errichtung eines Bades mit fünf Bahnen ausgesprochen. Eine fünfte Bahn werde etwa im Schwimmsport benötigt. Die Treppe mit Ausbuchtung zum Einstieg in das Becken sei an der Südseite geplant, da dort die größten Flächen für Bewegung und eine gute Verteilung der Besucher vorhanden seien. Durch eine Leiter sei jedoch auch ein Einstieg von der Nordseite vorgesehen. Die Frage hinsichtlich der Fluchtwege könne dahingehend beantwortet werden, dass Brandschutzrichtlinien bei der Planung stets beachtet sowie ein Brandschutzkonzept entwickelt worden seien. Ferner sei die Einrichtung eines weiteren Wickeltisches vorgeschlagen worden. Zusätzlich zum im Wickelraum am Kinderbecken vorgesehenen Wickeltisch sei nun auch ein Wickeltisch im Umkleidebereich geplant worden. Die Kritik hinsichtlich fehlender Familienumkleiden könne dadurch entkräftet werden, dass insgesamt sechs Sammelumkleiden zur Verfügung stehen würden, die auch von Familien genutzt werden könnten. Dem Vorschlag zur anderweitigen Unterbringung der Chlorgasflaschen könne entgegnet werden, dass ein Chlorgasraum rechtlich vorgesehen sei. Dieser Raum müsse speziell beheizt werden und

gasdicht sein. Eine Verbindung zum restlichen Bad bestehe nicht. Die im Schreiben angesprochene Lage der Schwimmmeisterkabine sei so geplant worden, dass ein Überblick über das Bad und alle Becken ermöglicht werde. Darüber hinaus bewege sich der Schwimmmeister regelmäßig im Bereich der Becken, um diese zu beaufsichtigen. Die von ATV und DLRG kritisierte Trennwand sei sinnvoll, da das Bad so in zwei Klimazonen eingeteilt werden könne. Die Entstehung von Zugluft bei Öffnung der im Regelfall geschlossenen Türen lasse sich durch klimatechnische Vorkehrungen vermeiden. Der Ersatz des Hubtisches durch einen Kran sei nicht sinnvoll, da durch den Hubtisch größere Materialmengen bewegt werden könnten. Ein Hubboden im Bad werde von den Planern und der Verwaltung weiterhin als sinnvoll erachtet. Eine im Schreiben vorgeschlagene Veränderung der Bodenkonstruktion des Schwimmbeckens sei nicht vorgesehen, da die in der Planung vorgesehene Konstruktion mit dem Ziel der Erreichung einer größtmöglichen Wirtschaftlichkeit ausgearbeitet worden sei. Die außerdem im Schreiben thematisierte Lage und Ausrichtung des Baukörpers erfolge unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit. Das Bad werde aktuell durch die Heizung der Gesamtschule mit Wärmeenergie versorgt. Falls eine Erneuerung der Heizanlage zu einem späteren Zeitpunkt geboten sein sollte, könne möglicherweise ein Blockheizkraftwerk errichtet werden, um das Bad mit Wärmeenergie zu versorgen. Die Errichtung einer von ATV und DLRG vorgeschlagenen Solaranlage sei mit erheblichen Investitionen verbunden und müsse statisch geprüft werden. Wenn das Dach zur Installation einer Solaranlage geeignet sein sollte, könnten die Flächen möglicherweise verpachtet werden.

Herr Stadtverordneter Paulus erkundigte sich, ob der barrierefreie Bereich durch die Einrichtung eines zweiten Wickelraumes eingeschränkt werde. Außerdem merkte er an, dass die Verklinkerung möglicherweise aufwändig sei und hohe Kosten bedeuten könne. Er fragte, ob durch die Wahl einer anderen Verklinkerung Kosten eingespart werden könnten.

Herr Blass erklärte, dass die Wickelmöglichkeit ohne zusätzliche Mehrkosten oder einer Reduzierung anderer Räume in einem üppig eingerichteten Putzmittelraum untergebracht werden solle. Die gewählte Verklinkerung weise relativ geringe Unterhaltungskosten auf und werde industriell hergestellt, wodurch ein günstiger Preis gewährleistet werden könne. Das Architekturbüro Blass habe ähnliche Verklinkerungen bereits in anderen Bädern eingesetzt und den Kostenrahmen stets einhalten können. Herr Blass wies darauf hin, dass andere Fassaden möglicherweise günstiger seien. Diese könnten gewählt werden, wenn sich im Verlauf der Planung und Umsetzung zeigen würde, dass Einsparpotenziale genutzt werden müssten. Zunächst solle jedoch eine möglichst hohe Qualität und Funktionalität gewählt werden.

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen stimmte dem Vorschlag des Herrn Stadtverordneten Kravanja zur Zurückstellung der Beratung und Beschlussfassung über das Vereinsheim und die Energieverteilzentrale zu. Die Entwurfsplanung habe der SPD-Fraktion gefallen. Die letzten noch offen gebliebenen Fragen seien durch Herrn Technischen Beigeordneten Mönter beantwortet worden. Die SPD-Fraktion weise jedoch darauf hin, dass das für das Vereinsheim geplante Budget von 200.000 Euro nicht vergessen werden dürfe.

Herr Stadtverordneter Schumacher erklärte, dass die CDU-Fraktion die Vorschläge unterstütze. Er merkte an, dass in anderen Bädern vorhandene Trennwände teilweise milchig geworden seien und erkundigte sich, ob und wie diese Entwicklung verhindert werden könne.

Herr Blass erläuterte, dass in älteren Bädern eine Trübung auf Grund dauerhaft fehlerhafter Reinigung eintreten könne. Der Reinigungsprozess sei kompliziert. Eine Nutzung aggressiver Reinigungsmittel könne Gläser und Aluminium beschädigen. Um dies zu vermeiden, sei das Glas aus dem direkten Spritzbereich des Wassers herausgesetzt worden. Bei einer guten und sachkundigen Reinigung und Desinfektion der Flächen könne eine Trübung ausgeschlossen werden.

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz erkundigte sich, ob die freien Flächen in der Umgebung des Bades auch außerhalb des Badbetriebes selbstständig etwa als Bolzplatz genutzt werden könnten.

Herr Blass wies darauf hin, dass er mit der Planung solcher Dinge nicht beauftragt worden sei. Ein Zugang zur Wiese könne auch außerhalb des Badbetriebs hergestellt werden.

Frau Stadtverordnete Brandt lobte die Planung auch im Hinblick auf den barrierefreien Bereich und erkundigte sich, inwiefern das Budget beim Bau des Bades in Gütersloh eingehalten worden sei.

Herr Blass erklärte, dass das vorgegebene Budget in Gütersloh nicht überschritten und sogar um 100.000 Euro unterschritten worden sei. Das Architekturbüro beabsichtige, den Termin- und Kostenrahmen auch in Geilenkirchen einzuhalten und lege ausgesprochen viel Wert auf die Gewährleistung von Kosten- und Termintreue.

Herr Stadtverordneter Kasper regte an, dass die Verwaltung mit den Vereinen über einen möglichen Bedarf zur Errichtung eines Vereinsheimes sprechen solle.

Bürgermeister Fiedler äußerte, dass in dieser Sitzung eine Entscheidung zur Umsetzung des Entwurfs des Hallenbades getroffen werden solle. Am 26.03.2015 solle mit der Ausschreibung der Gewerke begonnen werden. Gemäß der Beschlussvorlage solle die Entscheidung zum Bau eines Vereinsheimes zurückgestellt werden. Ebenfalls am 26.03.2015 werde Bürgermeister Fiedler ein Gespräch mit dem Ortsvorsteher Herrn Henßen über das Vereinsheim führen.

Herr Stadtverordneter Kasper legte dar, dass aktuell bereits Räume der Gesamtschule von Vereinen genutzt werden würden. Dies könne auch in Zukunft weiterhin ermöglicht werden.

Herr Stadtverordneter Jansen beschrieb, dass zur Energieversorgung des Hallenbades die Heizungsanlage der Gesamtschule genutzt werden solle. Er erkundigte sich, ob ein Energiekonzept für das Bad vorliege und erklärte, dass der Energiebedarf durch Nutzung von Solarenergie möglicherweise gesenkt werden könne. Da bei Nutzung der Heizungsanlage der Gesamtschule mit hohen Nachfolgekosten gerechnet werden

müsse, sprach Herr Stadtverordneter Jansen sich für einen Neubau einer Heizungsanlage im Schwimmbad aus. Dadurch könne vermieden werden, dass bei einer in Zukunft erforderlichen Erneuerung der Heizungsanlage zusätzliche Kosten entstehen. Eine neu errichtete Heizungsanlage könne außerdem verglichen mit der älteren Heizungsanlage zu Einsparungen führen.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter machte darauf aufmerksam, dass für eine solche Energieeinsparung durch eine neue Heizungsanlage zunächst Investitionen zum Bau der Anlage erforderlich seien. Außerdem müssten die Amortisationskosten berücksichtigt werden. Eine Erneuerung der Heizungsanlage sei derzeit noch nicht geplant. Es sei bereits über mögliche Verbesserungen und wirtschaftliche Lösungen nachgedacht worden. Eine Erneuerung der Heizungsanlage sei nicht im Zusammenhang mit dem Neubau des Schwimmbades vorgesehen. Für diese Maßnahme sei kein freies Budget vorhanden.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass das Bad bereits durch seine Konstruktionsweise verglichen mit dem alten Bad weniger Energie verbrauche.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die vorgestellte Entwurfsplanung zum Neubau des Hallenbades wird beschlossen.
2. Die neue Energieverteilzentrale wird in der heutigen Trafostation des Stromnetzbetreibers und einem weiteren freien Lagerraum der Sporthalle eingerichtet.
3. Die Neugestaltung der Eingangssituation der Sporthalle wird zurückgestellt. Die Finanzierbarkeit einer ggf. noch anzupassenden Planung (großes Foyer) wird im Rahmen der Aufstellung des Haushalts 2016 geprüft.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Ortsvereinen Bauchem die Möglichkeiten der Finanzierbarkeit eines Vereinsheims zu erörtern.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 6 Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen  
Vorlage: 250/2015**

**Kenntnisnahme:**

Der Rat nimmt die überplanmäßige Aufwendung und Auszahlung zur Kenntnis.

**TOP 7 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen**

**Vorlage: 253/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat genehmigt die außerplanmäßige Aufwendung und Auszahlung.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 8 Finanzielle Unterstützung der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt**

**Vorlage: 257/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Geilenkirchen beteiligt sich an den Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung in der Wintersaison 2014/2015 mit einem Betrag in Höhe von 2.045,00 Euro. Der Betrag wird nach Vorlage der Kostenrechnung ausgezahlt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	2

**TOP 9 Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Geilenkirchen**

**Vorlage: 249/2015**

**Beschlussvorschlag:**



Die Änderung der Satzung wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 10 Erweiterung des Förderschulzweckverbandes  
Vorlage: 243/2015**

Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass sich die Sachlage in der Zwischenzeit geändert habe. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg habe beschlossen, einer Beteiligung am Förderschulzweckverband zuzustimmen, wenn die Kosten für den Zweckverband nach einem Schlüssel verteilt werden würden, bei dem ausschließlich die Anzahl der aus einer Gemeinde beschulten Schüler berücksichtigt würden. Nachdem Modellrechnungen mit verschiedenen Verrechnungsschlüsseln angefertigt worden seien, habe sich herausgestellt, dass sich die von der Stadt Geilenkirchen zu zahlende Umlage je nach Verrechnungsschlüssel im Gegensatz zu anderen Kommunen nur geringfügig unterscheide. So sei die Berechnung der Umlage in Abhängigkeit von der Schülerzahl positiv für die Stadt Übach-Palenberg, während die Kommunen Heinsberg, Waldfeucht, Gangelt und Selfkant dann mit Mehrkosten konfrontiert werden würden. Die Entscheidung des Rates der Stadt Übach-Palenberg für eine Berechnung des Schlüssels in Abhängigkeit von der Schülerzahl sei daher in Heinsberg, Waldfeucht, Gangelt und Selfkant auf Widerstand gestoßen. Da keine Einigung habe erzielt werden können, sei die Absicht der Gründung eines neuen Förderschulzweckverbandes fallen gelassen worden. Der Landrat des Kreises Heinsberg habe daraufhin in einem Schreiben erklärt, dass der Kreis bereit sei, die Förderschulen weiter zu führen. Allerdings machte Bürgermeister Fiedler darauf aufmerksam, dass eine Weiterführung durch den Kreis Heinsberg verglichen der Fortführung des Förderschulzweckverbandes höhere Kosten bedeuten könne. Der Rat der Stadt Geilenkirchen könne entscheiden, keinen Beschluss zu fassen oder wie ursprünglich geplant in dieser Angelegenheit einen Beschluss verabschieden. Falls ein Beschluss gefasst werde, könne dieser nur dann greifen, wenn der Förderschulzweckverband doch weitergeführt werden solle.

Herr Stadtverordneter Gerads erklärte sich für befangen, da seine Frau in der Schule arbeite. Er verließ den Sitzungssaal.

Herr Stadtverordneter Benden führte aus, dass er den Zeitungsartikel gelesen habe und sprach sich für eine Weiterführung der Förderschule aus. Insbesondere die Mercatorschule leiste gute Arbeit. Er regte an, einen Beschluss zu fassen. Falls die Förderschule nicht weitergeführt werde, müssten die Schulen auf eine Welle der Inklusion reagieren, er sie noch nicht gewachsen seien. Förderschulen seien bei den Eltern sehr anerkannt und würden bewusst ausgewählt. Zur Wiederherstellung des Zweckverbandes sollten alle Möglichkeiten genutzt werden. Daher solle ein Beschluss

gefasst und weitere Gespräche mit dem Ziel der Wiederherstellung des Zweckverbandes geführt werden.

Herr Stadtverordneter Kravanja sprach sich für eine Weiterführung der Schule durch den Zweckverband oder den Kreis Heinsberg aus. Die Stadt Geilenkirchen unterstütze den Zweckverband und die Förderschulen. Deshalb solle ein Signal gesetzt und ein Beschluss gefasst werden, auch wenn er möglicherweise nicht mehr wirksam werde, da der Zweckverband nicht mehr bestehe.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass er kurz vor der Ratssitzung ein Schreiben des Landrates erhalten habe, in dem der Kreis Heinsberg seine Bereitschaft zur Übernahme der Trägerschaft ausdrücke. Eine solche Übernahme könne jedoch auf Grund der im Vorfeld zu tätigen Abstimmungen und organisatorischen Maßnahmen erst ab dem Schuljahr 2016/2017 erfolgen. Im kommenden Schuljahr sollten die Förderschulen um die Förderbereiche „Sprache“ sowie „Emotionale und soziale Entwicklung“ erweitert werden. Auf Grund gesetzlicher Vorgaben sei dies erforderlich, damit die Schulen weiter fortbestehen könnten. Ein entsprechender Beschluss müsse unabhängig von dem für die Ratssitzung vorgelegten Beschlussvorschlag kurzfristig gefasst und der Bezirksregierung gemeldet werden.

Der zweite Beschlussvorschlag wurde folgendermaßen formuliert: „Die Schulträger mögen kurzfristig die Genehmigung zur Förderung in den Bereichen „Sprache“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ für die Mercatorschule und die Don Bosco Schule bei der Bezirksregierung Köln einholen.“

### **Beschlussvorschlag:**

Der Erweiterung des Förderschulzweckverbandes auf der Basis des vorliegenden Satzungsentwurfes wird zugestimmt. Alternativ wird einer Übernahme der Schulträgerschaft durch den Kreis Heinsberg zugestimmt.

Die Schulträger mögen kurzfristig die Genehmigung zur Förderung in den Bereichen „Sprache“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ für die Mercatorschule und die Don Bosco Schule bei der Bezirksregierung Köln einholen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Herr Stadtverordneter Mingers stellte klar, dass er auf Grund der städtischen Haushaltslage gegen die Weiterführung der Schulsozialarbeit stimmen werde. Dies bedeute jedoch nicht, dass die Fraktion Die Linke sich gegen Schulsozialarbeit ausspreche.

Bürgermeister Fiedler betonte, dass niemand sich gegen Schulsozialarbeit ausspreche. Eine Weiterführung sei auf Grund der haushalterischen Situation nicht möglich. Die Stadt Geilenkirchen beschäftige im Jugendamt sieben Jugendsozialarbeiter. Zudem seien zwei Schulsozialarbeiter als Landesbedienstete an Schulen im Stadtgebiet tätig. In diesem Tagesordnungspunkt stehe nur die Weiterfinanzierung einer zusätzlich für die Verteilung von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket eingerichteten Stelle zur Diskussion. Diese Stelle sei vom Bund eingerichtet und von diesem bisher vollständig gefördert worden.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Einrichtung einer befristeten Stelle für Zwecke der Schulsozialarbeit und der damit verbundenen Leistung einer außerplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung wird nicht zugestimmt, da eine Deckung der außerplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung nicht dargestellt werden kann.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	25
Nein:	10
Enthaltung:	2

## **TOP 12 Schwimmunterricht der städtischen Grundschulen Vorlage: 242/2015**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss möge beschließen, ob die Durchführung von Schwimmunterricht in auswärtigen Schwimmbädern befürwortet und dem Stadtrat vorgeschlagen werden soll, über die Bereitstellung der zusätzlichen Kosten zu entscheiden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	32
-----	----

Nein:	5
Enthaltung:	0

**TOP 12.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Berücksichtigung der Kosten für das Schulschwimmen im Haushalt für das Jahr 2016  
Vorlage: 269/2015**

Herr Stadtverordneter Mesaros beantragte, die Formulierung des Beschlussvorschlags zu ändern und folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Übernahme der Kosten für das Schulschwimmen mit Berücksichtigung von Einsparmöglichkeiten bei diesen Kosten im Haushalt 2016 zu prüfen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Übernahme der Kosten für das Schulschwimmen mit Berücksichtigung von Einsparmöglichkeiten bei diesen Kosten im Haushalt 2016 zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 13 Umbenennung eines Teilstücks der Haihover Straße in Geilenkirchen  
Vorlage: 240/2015**

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass die West Energie und Verkehr nach hausinternen Beratungen beantragt habe, den Beschlussvorschlag zu ändern und das Teilstück in „Geilenkirchener Kreisbahn“ umzubenennen.

**Beschlussvorschlag:**

Das Teilstück der Haihover Straße in Geilenkirchen wird zwischen dem Kreisverkehrplatz Theodor-Heuss-Ring und der Bahnhofstraße in „Geilenkirchener Kreisbahn“ umbenannt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	1

**TOP 14 Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Erschließungsanlage "Niederheider Weg, von der Einmündung Johann-Plum-Platz bis zur Einmündung der Brabantstraße"**

**Vorlage: 248/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Zum Ersatz des Aufwandes für die Erneuerung und Verbesserung der Erschließungsanlage „Niederheider Weg, beginnend an der Einmündung des Johann-Plum-Platzes bis zur Einmündung der Brabantstraße“ im Stadtteil Bauchem werden gemäß § 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG NW) in Verbindung mit der Satzung der Stadt über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NW für straßenbauliche Maßnahmen Beiträge erhoben. Der Anteil der Beitragspflichtigen richtet sich nach § 3 Abs. 3 Nr. 2 der Satzung.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 15 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen**

Herr Stadtverordneter Gerads erklärte, dass der Bau von Windkrafträdern in der Nähe von Hatterath, Waldenrath und Straeten beantragt worden sei. Die Freie Bürgerliste spreche sich grundsätzlich dafür aus, habe jedoch Bedenken, dass die Realisierungsvarianten für die geplante K3 nach Errichtung der Windkraftanlagen nicht mehr wie zuvor bestehen könnten. Der Flächennutzungsplan sei bereits beschlossen worden. Der Ortsvorsteher der Ortschaft Gillrath habe eine Petition gegen die Errichtung von Windkraftanlagen, die die Realisierung der K3 gefährden könnten, bereits an den Petitionsausschuss des Landtages geschickt.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter schilderte, dass das Planungsamt mit den Konzentrationszonen und Anträgen befasst worden sei. Belange der Stadt Geilenkirchen würden durch die Errichtung der Windkraftanlagen nicht in einem Maße beein-

trächtig, dass eine Stellungnahme erforderlich sei. Der Bau von Windrädern verhindere den Bau der Kreisstraße nicht, da noch keine explizite Linienführung für die Straße festgelegt worden sei. Eine Stellungnahme, in der die Stadt Geilenkirchen sich auf eine Kreisstraße beziehe, deren Verlauf noch nicht geplant sei, könne von der Stadt Heinsberg im Verfahren nicht berücksichtigt werden. Die Stadt Geilenkirchen sei noch nicht beschwert, da der Verlauf der Straße noch nicht festgelegt sei.

Herr Stadtverordneter Gerads regte an, die Planungen der K3 jetzt schon zu berücksichtigen, damit erforderliche Abstände zu den geplanten Windrädern eingehalten werden könnten und eine Vereisung der Straße durch von den Windrädern herabfallendes Eis vermieden werden könne.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter legte dar, dass Straßenbau ein Belang des Kreises Heinsberg sei. Die Stadt Geilenkirchen könne mangels Zuständigkeit nicht auf diese Pläne hinweisen.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass die Verwaltung sich mit dem Kreis Heinsberg in Verbindung setzen werde, um die Frage und die Anregung des Herrn Stadtverordneten Gerads zu klären.

Herr Stadtverordneter Grundmann erkundigte sich, ob WLAN im Haus Basten etwa zur Nutzung durch Referenten für Vorträge eingerichtet werden könne.

Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass der Arbeitskreis Stadtmarketing sich mit dem Thema WLAN in der Innenstadt und somit auch im Haus Basten befasse. Das Thema habe insbesondere durch Einzelhändler bereits Zuspruch erhalten. In absehbarer Zeit könne freies und kostenloses WLAN in der Innenstadt ermöglicht werden.

Herr Stadtverordneter Benden erklärte, dass am 24.03.2015 über technische Probleme der Bahnschranke berichtet worden sei und erkundigte sich, ob die Verwaltung Kontakt mit der Bahn aufgenommen habe, damit die Bahn Maßnahmen zur künftigen Vermeidung solcher Gefahren vornehme.

Bürgermeister Fiedler beschrieb, dass kein Kontakt zur Bahn aufgenommen worden sei. In einem Zeitungsartikel sei ersichtlich geworden, dass es sich um einen einmaligen Vorfall gehandelt habe. Es sei davon auszugehen, dass die Bahn diesen misslichen Zustand nicht als wiederkehrend akzeptieren werde. Beim Befahren des Bahnübergangs hätten die Züge außerdem Warnsignale gegeben.

Herr Stadtverordneter Paulus erkundigte sich bezugnehmend auf die Frage des Herrn Stadtverordneten Gerads, ob die drei durch den Kreis Heinsberg vorgeschlagenen Trassen der K3 beim Bau der Windkraftanlagen noch realisiert werden könnten.

Bürgermeister Fiedler verwies auf die Äußerungen des Herrn Technischen Beigeordneten Mönter.

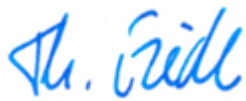
## **TOP 16 Fragestunde für Einwohner**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Bürgermeister Fiedler beendete den öffentlichen Teil nach diesem Tagesordnungspunkt. Er verabschiedete die Zuschauer und die Presse und dankte für das Interesse.

Sitzung endet um: 20:19 Uhr

Vorsitzender



Bürgermeister  
Thomas Fiedler

Schriftführerin



Sandra Schuhmachers